

dass die Politik in Sachen Atommüll jegliches Vertrauen der Bevölkerung verspielt habe. Dagegen genossen diejenigen, die das Endlager-suchgesetz und die Zusammensetzung der Atommüll-Kommission kritisieren, höchstes Vertrauen. Die Politik müsse endlich auf die Umweltverbände zugehen und deren Bedenken zum Gesetz und zur Kommission ernst nehmen. Erst dann nehme sie auch die Bevölkerung ernst. Wenn Umweltverbände den Prozeß bremsen und keine Kommissions-Vertreter benennen, tun sie das aus guten Gründen, weil sie unter den derzeitigen Rahmenbedingungen keine Erfolgsaussichten in der Kommission sehen, so .ausgestrahlt.

Emnid hatte die 1.004 Bürgerinnen und Bürger telefonisch gefragt: „Eine Kommission soll in den nächsten zwei Jahren den Umgang mit Atommüll neu regeln. In dieser Kommission arbeiten Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen mit. Für wie vertrauenswürdig halten Sie die folgenden Gruppen im Hinblick auf das Thema Atommüll?“ Aufgezählt wurden dann in zufälliger Reihenfolge atomkritische und Pro-Atom-WissenschaftlerInnen, Umweltverbände, Gewerkschaften, JuristInnen, PolitikerInnen, Kirchen- und Wirtschaftsvertreter. Gefragt wurde, ob die jeweilige Gruppe sehr vertrauenswürdig, eher vertrauenswürdig, weniger vertrauenswürdig oder gar nicht vertrauenswürdig sei.

Werden die ersten beiden Nennungen zusammenaddiert, ergibt sich, dass 76 Prozent der Bevölkerung atomkritischen WissenschaftlerInnen vertrauen und 71 Prozent Umweltverbänden. Auf dem dritten Platz mit 43 Prozent Zustimmung und 53 Prozent Ablehnung folgen Gewerkschaften. Politiker landen auf dem letzten Platz, nur 17 Prozent trauen ihnen, während ihnen 81 Prozent mißtrauen.

24 Prozent finden die Umweltverbände sogar sehr vertrauenswürdig, nur fünf Prozent halten sie für gar nicht vertrauenswürdig. Dieses besonders große Vertrauen bringen die Bürgerinnen und Bürger in dem Maße keiner anderen Gruppe entgegen.

Das Vertrauen in die Umweltverbände ist unter den Altersgruppen ziemlich gleich verteilt, bei den Jüngeren unter 30 Jahren ist es am Größten. Bei den CDU/CSU-Anhängern sind es immer noch 70 Prozent. Auch bei den Unions-WählerInnen stehen die Umweltverbände bei der Vertrauenswürdigkeit auf Platz zwei knapp hinter den atomkritischen WissenschaftlerInnen.

Das Umfrage-Ergebnis stellt die bisherige Zusammensetzung der Atommüll-Kommission in Frage. 16 Politikern sollen dort zwei Vertreter der Umweltverbände gegenüber-sitzen. Pro-Atom-Wissenschaftler und Juristen besetzen die meisten der acht Plätze für Experten. Vertreter der Atomwirtschaft sind genauso stark vertreten wie Umweltverbände. Bleibt es bei dieser Aufteilung, dann stellt sich die Frage, wie die Kommission glaubwürdig arbeiten soll, so .ausgestrahlt. ●

Folgen von Fukushima

Keine Transparenz erwünscht

Berichten der japanischen Zeitung „Tokyo Shimbun“ zufolge, hat die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) mit den Präfekturen Fukushima und Fukui sowie mit der Medizinischen Fakultät von Fukushima Verträge ausgehandelt, die eine gegenseitige Geheimhaltung zu bestimmten Informationen garantierten, wenn dies eine der Parteien wünscht. Deshalb

hatte die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen von der Bundesregierung gefordert, ein Peer-Review-Verfahren anzustoßen, das konkrete Kriterien für die Geheimhaltung von Informationen entwickeln soll. In diesen Prozeß sollten die IAEO-Mitgliedsstaaten, unabhängige Experten sowie Interessenvertreter aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft mit einbezogen werden. Außerdem sollte sich die Regierung dafür einsetzen, daß „die systematische Verharmlosung“ von radioaktiver Strahlung als Tagesordnungspunkt auf der 58. Generalkonferenz der IAEO im September 2014 im Wien offen diskutiert und beendet werde.

Mit diesem Antrag für mehr Transparenz bei der Veröffentlichung von Daten und Zahlen bei der IAEO (Bundestagsdrucksache 18/772) ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 19. März 2014 im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages gescheitert. Die CDU/CSU-Fraktion stimmte dagegen, einzig die Fraktion Die Linke unterstützte den Antrag.

Die Unionsfraktion begründete die Ablehnung des Antrags mit dessen Bezugnahme auf einen Medienbericht. Auf der Grundlage eines Zeitungsartikels könnten schwerlich Aussagen getroffen werden. Im Vordergrund des Antrags stehe außerdem eher eine „Ächtung der IAEO“ als eine ernsthafte Debatte, wie mehr Transparenz hergestellt werden könne.

Die Linksfraktion unterstützte das Anliegen des Antrags, die Transparenz in der Internationalen Atomenergie-Organisation zu erhöhen. Doch forderte sie darüber hinaus, die Rolle der IAEO insgesamt in den Blick zu nehmen. Diese sei eine „Förderorganisation für Atomenergie“, denn laut ihrer Satzung solle sie „den Beitrag der Kernenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit beschleunigen und

vergrößern“. Nach Ansicht der Fraktion sollte sich die IAEO aber besser international für den Verzicht auf Atomenergie einsetzen. Sie forderte die Bundesregierung auf, sich für eine entsprechende Änderung der Satzung stark zu machen.

hib – heute im bundestag Nr. 140
v. 19.03.2014 ●

Berichtigung

Totgeburten und Säuglings- sterblichkeit in Japan

In dem Beitrag von Masao Fukumoto, Kristina Voigt, Ralf Kusmierz und Hagen Scherb über die Totgeburten und Säuglingssterblichkeit in Japan nach der Katastrophe von Fukushima in der Ausgabe 650-651 vom 6. Februar 2014 muß der Kasten auf der Seite 3 präzisiert werden:

- | |
|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Spontane Totgeburtlichkeit ab der 12. vollendeten Schwangerschaftswoche 2. Totgeburtlichkeit ab der 22. vollendeten Schwangerschaftswoche 3. Tod innerhalb 1 Woche nach der Geburt 4. Tod innerhalb 4 Wochen nach der Geburt 5. Tod innerhalb des 1. Lebensjahres nach der Geburt |
|--|

In Japan werden spontane Totgeburten abweichend von der deutschen Praxis bereits ab einem früheren Schwangerschaftsstadium gezählt (siehe:

<http://www.mhlw.go.jp/english/databases/db-hw/outline/index.html>). In der ersten Spalte auf Seite 4 oben muss es dementsprechend heißen „nach den Kriterien 1. bis 5.“ Die Auswertung in dem Beitrag bezieht sich auf alle spontanen Totgeburten (foetal death) ab der 12. vollendeten Schwangerschaftswoche. Alfred Körblein hat dankenswerterweise auf diese Ungenauigkeit aufmerksam gemacht. ●